

Die „Freiheit“ erscheint täglich, Sonn- und Montags ausgenommen, mit den Unterabteilungen: „Der Welt“, „Ausland“ und „Der Arbeiter“. Der Tagespreis beträgt bei jeder Lieferung 10 Pfennig (für Monatslieferung 30 Pfennig, für sechsmonatige Lieferung 1,80 Mark, für Jahreslieferung 3,50 Mark). Die Abnahmebedingungen sind in der Beilage enthalten. Unter Abnahme versteht sich die Lieferung von 100 Exemplaren. Die Abnahmebedingungen sind in der Beilage enthalten. Die Abnahmebedingungen sind in der Beilage enthalten.

Die jenseitige Konkurrenz über deren Raum kostet 10.- M. einschließlich Porto. Die jenseitige Konkurrenz über deren Raum kostet 10.- M. einschließlich Porto. Die jenseitige Konkurrenz über deren Raum kostet 10.- M. einschließlich Porto.

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Um die große Koalition

### Die Garantien der S.P.D.

Wie die „Germania“ zuverlässig erfährt, werden in den nächsten Tagen Besprechungen zwischen der Deutschen Volkspartei und den Regierungsparteien wegen Erweiterung der Koalition aufgenommen werden. Das „Berliner Tageblatt“ hatte behauptet, daß bereits am Mittwoch nachmittag die erste Besprechung stattgefunden habe; das entspricht nach der „Germania“ nicht den Tatsachen. Das Blatt teilt weiter mit:

Was die Besetzung der augenblicklich unbesetzten Ministerien anlangt, so ist es noch keineswegs sicher, daß die Besetzung der Ministerien abhängig gemacht wird von dem formellen Abschluß der Koalitionserweiterung. Die Besetzung des Reichsernährungsministeriums wenigstens ist sehr dringlich und es ist mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß dieser Posten besetzt werden wird, noch bevor die Koalition herbeigeführt ist. Für diesen Posten ist der Zentrumsabgeordnete von Guldard genannt. Wir haben aber bereits demgegenüber bemerkt, daß diese Meldung den Tatsachen nicht entspricht. Die Besetzung der unbesetzten Ministerien kann erfolgen, indem der Reichskanzler sich direkt mit den in Betracht kommenden Parteien in Verbindung setzt und von diesen geeignete Vorschläge fordert.

Auch heute früh behauptet das „Berliner Tageblatt“ noch, daß der Reichskanzler Dr. Wirth gestern nachmittag Führung mit den Vertretern der am Steuerkompromiß beteiligten Parteien genommen habe. In den Unterhaltungen sei über die Durchführung der volksparteilichen Wünsche, insbesondere der beabsichtigten Sparmaßnahmen und über die Frage der Besetzung des Reichsernährungsministeriums gesprochen worden. Demgegenüber bestreitet auch der „Vorwärts“, daß Besprechungen über die Frage der großen Koalition stattgefunden hätten, an denen die Sozialdemokratie beteiligt gewesen wäre. Bemerkenswert ist nun, was der „Vorwärts“ weiter berichtet:

„Dagegen hat sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eingehend mit der Frage beschäftigt, ob das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft neu besetzt werden solle. Die Fraktion war einmütig der Auffassung, daß dies Ministerium zu den Aemtern gehört, die zuerst abgebaut werden müssen. Das Reichs-

ernährungsministerium hat keine Exekutive, und die Sozialdemokratie hält ein Ministerium für überflüssig, das den Kartoffelpreis nicht einmal unter 300 M. für den Zentner halten kann, und keine Gewähr dafür bietet, daß eine erhöhte Getreidemenge durchgesetzt werden kann. Die Sozialdemokratie verlangt Garantien dafür, daß das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Macht hat, im kommenden Erntejahre eine Getreidemenge in einer Höhe herinzubringen, die den minderbemittelten Bevölkerungsschichten die notwendige Menge Brot zu einem erträglichen Preise sichert. Von der Beantwortung dieser Frage hängt die Stellung der Sozialdemokratie zum Reichsernährungsministerium ab.“

Es ist ziemlich gleichgültig, ob die Deutsche Volkspartei in die Regierungskoalition aufgenommen wird oder nicht. Nachdem von den bisherigen Regierungsparteien die programmatischen Forderungen der Volksparteier für die Durchführung des Steuerkompromisses angenommen sind, ist die Frage der großen Koalition lediglich noch eine Formfrage. Was die Neubesetzung des Reichsernährungsministeriums anlangt, so ist auch die Unabhängige Sozialdemokratie der Auffassung, daß dieses Amt aufgelöst werden kann. Es hat sich bisher gezeigt, daß das Ernährungsministerium die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln nicht fördert, sondern gefährdet, und daß es seine wichtigste Aufgabe darin erblickt, den Ansprüchen der Agrarier zu genügen. In dieser Hinsicht wird sich auch nichts ändern, wenn ein neuer Mann auf diesen Posten gesetzt wird. Die Ankündigung des „Vorwärts“, daß die Sozialdemokratische Partei künftig Garantien für die Sicherstellung einer ausreichenden Getreidemenge verlangen würde, klingt zu schön, als daß man ihr ohne weiteres Glauben schenken könnte. Wir erinnern daran, daß auch während der Steuerverhandlungen von dieser Seite ähnliche energische Töne angeschlagen worden sind, und daß man dort immer wieder davon gesprochen hat, ohne die Erfassung der Sachwerte werde es diesmal nicht abgehen. Das Steuerkompromiß ist der Sozialdemokratischen Partei miteinander übereinstimmen, und war haben deshalb keine Hoffnung, daß die Garantien, von denen der „Vorwärts“ spricht, auch wirklich durchgesetzt werden.

## Das italienische Programm

Rom, 15. März.

Gelegenlich der Vorstellung des neuen Kabinetts gab Ministerpräsident de Facta vor Kammer und Senat eine Erklärung ab, in der er zunächst die Entstehung der gegenwärtigen Zusammensetzung des Kabinetts darlegte, das er als ein Kabinett der Konzentration bezeichnete. Das Land verlange nach Ruhe und Arbeit. Man könne es unmöglich zulassen, daß ein Teil der Bürger Unruhen schaffe; das sei allgemeine Ueberzeugung. Man müsse wieder zu einer normalen Tätigkeit des Parlaments gelangen, derart, daß eine umfassende Kontrolle des Staatshaushalts stattfinden.

Zur auswärtigen Politik führte der Ministerpräsident aus, Italien habe heute keinen Grund zu einem Konflikt mit anderen Völkern. Im internationalen Konfliktum stelle Italien ein Element des Friedens dar. Gegen die Besiegten von gestern empfinde Italien weder Haß noch Groll. Italien sei von den besten Absichten gegenüber Deutschland besetzt, das ein Faktor der Zivilisation und des Fortschritts gewesen sei und auch weiterhin sein werde. Italien vertraue darauf, daß Deutschland seine Verpflichtungen einhalten und im zukünftigen Europa ein zuverlässiges Element des Friedens und wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit den anderen Nationen sein werde. Italien habe gegenüber Rußland keine Vorurteile und beabsichtige nicht, sich in seine inneren Angelegenheiten zu mischen. Italien habe mit Rußland ein Handelsabkommen geschlossen. Ereignisse der letzten Zeit hätten in Fiume Ordnung und Frieden ernstlich gestört. Ministerpräsident de Facta betonte weiter, Italien habe seine tatkräftige Unterstützung insbesondere den Bemühungen gewidmet und werde sie ihnen auch weiterhin widmen, Oesterreich aus seiner tiefen wirtschaftlichen Depression wieder aufzurichten und ihm eine normale Existenz zu ermöglichen. Italien habe noch kürzlich ein neues Freundschaftsbündnis fruchtbarer Zusammenarbeit mit der großen nordamerikanischen Republik geschlossen. Auf der Washingtoner Konferenz habe Italien gemeinsam mit den Vereinigten Staaten für eine Politik gewirkt, die der Welt stärkere Sicherheiten für Frieden geben, die die schweren Rüstungslasten vermindern und die Grundlagen für eine neue und liberalere Politik im fernen Osten schaffen möge. Die nächste Zukunft stelle die auswärtige Politik Italiens vor schwere und bedeutsame Aufgaben. — Italien sei vom Obersten Rat dazu ausersehen worden, die Konferenz einuberufen, die der Annäherung der Völker und dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas dienen soll. Nach den internationalen Konfe-

renzen, die bisher stattgefunden hätten, würden in Genua zum erstenmal Sieger und Besiegte zusammen sitzen und über gemeinsame Interessen beraten. Gegenwärtig vermende die Regierung ihre ganze Energie auf die Vorbereitung der Konferenz, für deren Eröffnung Italien, gemäß dem Vorschlage Englands und Frankreichs den 10. April festgesetzt habe.

## Italiens Kredit für Oesterreich

Wien, 15. März.

Der italienische Geschäftsträger Auriti hat heute dem Bundeskanzler Schöber die offizielle Mitteilung überbracht, daß die italienische Regierung sich an der Kreditaktion mit 70 Millionen Lire beteilige.

## Finanzkontrolle der Entente

CC. Paris, 15. März 1922.

Die Reparationskommission wird sich bei ihrer Stellungnahme zu dem deutschen Zahlungsplan wahrscheinlich auf die in Cannes gemachten Vorschläge beschränken und dabei wahrscheinlich zum Ausdruck bringen, daß Deutschland im laufenden Jahre 720 Millionen Goldmark und Warenlieferungen im Werte von 1450 Millionen zu leisten habe. Der Vertreter Frankreichs in der Reparationskommission wird diesen Vorschlägen wahrscheinlich nicht zustimmen, die im übrigen von der Mehrheit angenommen werden dürften. Ferner wird die Reparationskommission von Deutschland folgende Garantien verlangen:

Befreiung der deutschen Zolltarife in Gold, Erhöhung der Eisenbahn- und Posttarife wie der Kohlenpreise.

Ferner wird Deutschland Maßnahmen zur Instandsetzung seines Haushalts zu treffen haben, der Kapitalflucht steuern und seine Banknotenausgabe einschränken müssen. Sebann wird die Reform der Reichsbank durchzuführen sein. Ebenso wird die Reparationskommission Bestimmungen über eine wirksame Kontrolle der deutschen Finanzen treffen. Die Kommission wird den Auftrag der Finanzminister, Vorschläge für die Unterbringung einer großen Reparationsanleihe zu machen, nicht befolgen können, sondern sich nur auf die Erklärung beschränken, daß dieses Problem schwer lösbar ist.

Das geschäftliche Kabinett ist folgendermaßen gebildet worden: Vorsitz und Justiz: Cunaris, Neuhäuser; Vorkass.: Krieg; Theotokis, Finanzen: Protapapadakis.

## Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

Von Dr. Wilhelm Grumach.

II.)

Ungern würde ich eine Bestimmung entbehren, welche die nicht so seltene leichtsinnige Anstichung auf nicht geschlechtlichem Wege trifft, denn hier fällt das mildernde Moment der geschlechtlichen Erregung weg. Die Begründung sagt darüber, daß man nur die hauptsächlichste Quelle, den Geschlechtsverkehr, habe treffen wollen. Aber die Uebertragung der Syphilis durch Kuß und die recht häufige Uebertragung des Trippers auf Kinder durch einfaches Zusammenhängen, Benutzung derselben Tücher oder Schwämme sind häufig ebenso schwer, wenn nicht noch schwerer aufzufassen, wie ein Geschlechtsverkehr. Man hat auch gesagt, diese Fälle seien als fahrlässige Körperverletzung strafbar. Aber nach § 233 StrGB. ist zur Verfolgung einer fahrlässigen Körperverletzung außer bei Verletzung einer Berufspflicht ein Antrag notwendig und von der Notwendigkeit eines Antrags muß hier ebenso abgesehen werden wie bei dem Geschlechtsverkehr Geschlechtskranker, weil in beiden Fällen nicht bloß ein Interesse des Geschädigten, sondern ein Allgemeininteresse in Frage kommt.

Ich würde folgende Fassung vorschlagen: „Wer wesentlich oder grob fahrlässiger Weise eine Geschlechtskrankheit überträgt, wird ufm.“

Diese kurze Fassung erreicht den Zweck der Warnung des Geschlechtskranken und trifft alle leichtsinnigen Arten der Uebertragung. Von der Bestrafung der Gefährdung sieht sie ab; hält man sie für notwendig, so kann sie eingeschoben werden.

Eine weitere wichtige Neuerung ist die Einführung der allerdings beschränkten Meldepflicht. Nach § 8 hat der Arzt einen Kranken, welcher sich der Behandlung entzieht oder der infolge seines Berufs (z. B. Hebammen, Krankenwärter, Barbier, Kellner usw.) oder seiner persönlichen Verhältnisse (Prostituierte jeder Gattung, zügellose Männer) andere besonders gefährdet, der Beratungsstelle für Geschlechtskranke zu melden. Man hat dieser Bestimmung im Verein mit der des § 3 welche der Gesundheitsbehörde (Gesundheitsamt-Beratungsstelle) gegenüber Personen, die verdächtig sind, geschlechtskrank zu sein und die Krankheit weiter zu verbreiten, gewisse Zwangsmassnahmen gestattet, den Vorwurf der Klassenmedizin gemacht. Man hat dafür empfohlen, der Arzt solle verpflichtet sein, alle Geschlechtskrankheiten ohne Unterschied zu melden und der Kranke solle verpflichtet sein, dem Gesundheitsamt in gewissen Zeiträumen nachzuweisen, daß er sich in Behandlung befindet, ganz nach dem Vorbild der Meldepflicht für andere ansteckende Krankheiten.

Von den technischen Schwierigkeiten soll schon abgesehen werden, denn sie können durch gute Organisation überwunden werden. Es soll auch abgesehen werden davon, daß die Kranken durch die Furcht vor der Meldung ihrer „geheimen“ Krankheit der Kurpfuscherei in die Arme getrieben werden.

Aber was will man denn durch die Meldepflicht erreichen? Bei den andern ansteckenden Krankheiten will man die Fälle isolieren und so die Weiterverbreitung verhindern. Bei den Geschlechtskrankheiten ist das selbstverständlich nicht möglich, man will sie nur schnell einer Heilung entgegenführen. Diefem Wunsche kommen mindestens 90 Prozent der Kranken entgegen, denn ihre erste Frage ist es gewöhnlich: „Wie lange wird es dauern?“ und ihre spätere ständige Frage: „Wann bin ich gesund?“ Es genügt also vollkommen, diejenigen zu melden, die sich der Behandlung entziehen resp. nicht nachweisen, daß sie in anderweitiger Behandlung sind, ferner diejenigen, die durch Beruf oder Lebensweise andere gefährden. Die letztere Bestimmung ist zwar hart, aber nun einmal nicht zu entbehren. Daß sie von gewissenlosen Ärzten mißbraucht werden kann, soll ausgebeugt werden; aber welche Sicherheit gegen solchen Mißbrauch besteht denn der bei gemeinen unterschiedslosen Meldepflicht?

Gerade die allgemeine Meldepflicht führt zu einer ich möchte sagen gesetzlich sanktionierten Klassenmedizin. Die Geschlechtskrankheiten gelten nun einmal auch jetzt noch als „geheim“ Krankheiten. Deshalb sagen auch jetzt noch viele Patienten nicht ihren richtigen Namen. Das würde bei allgemeiner Meldepflicht zum Prinzip werden. In der Großstadt, dem hauptsächlichsten Sitz der Geschlechtskrankheiten, läßt sich die Wichtigkeit der Namensangabe auch gar nicht kontrollieren, außer durch Vorläufe eines Ausweises, was man ja doch nicht verlangen wird. Wir bel einer Schicht ist die Feststellung des Namens selbstverständlich, den Krankenkassenmitgliedern — wenn sie es nicht vorziehen sich pri-

\*) Siehe Nr. 126 der „Freiheit“.

latim behandeln zu lassen. Die Reichen haben dann also einen Freibrief. Wenn das keine Klassenmedizin ist, dann weiß ich nicht, was es mehr wäre.

Dreum schlägt eine diskrete allgemeine Meldepflicht vor, bei der das Gesundheitsamt von jedem Fall nur eine Meldung unter Chiffre bekommt und erst bei Ausbleiben der Befehlsmitteilung über Fortdauer der Behandlung sich nach dem Namen erkundigt. Abgesehen von der ins Ungeheure wachsenden technischen Schwierigkeiten, können sich die Patienten durch Angabe eines falschen Namens genau so der Kontrolle entziehen, wie sonst.

Dann bringt der Entwurf als wesentliche Neuerung die Aufhebung der sogenannten „Reglementierung“ der Prostitution, d. h. der polizeilichen Einschreibung und zwangsweisen polizeilichen ärztlichen Untersuchung. Trotz gegenteiligen Beschlusses des Reichsrats hält die Regierungsvorlage an der Aufhebung fest. Sie will die öffentliche Aufforderung zur Unzucht nur dann bestrafen, wenn sie Sitten und Anstand verlehrt, während der Reichsrat wie der jetzt geltende § 361 Absatz 6 Strafgesetzbuch die Übertretung der zur Überwachung der gewerbmäßigen Unzucht erlassenen Bestimmungen (deren Weiterbestehen also vorausgesetzt wird) weiter unter Strafe stellen will.

Darüber ist in den letzten Jahrzehnten viel geschrieben und gestritten worden. Sicher ist, daß diese Bestimmungen nur etwa ein Zehntel der wirklich Prostituierten erfährt, daß sie nur die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten durch die Frauen trifft und daß sie die Schamlosigkeit des erkrankten Teiles der Prostitution geradezu züchtet. Andererseits hat in den nordischen Ländern die Aufhebung der Reglementierung, wie mir Hauptstein, der beste deutsche Kenner der dortigen Verhältnisse, persönlich mitteilte, kein Ansteigen der Geschlechtskrankheiten zur Folge gehabt; im Gegenteil, die Zahl der Geschlechtskrankheiten befindet sich, allerdings aus anderen Gründen, in stetigem Rückgang. Nicht ist die Reglementierung ungerecht und nutzlos und muß deshalb fallen.

Endlich bringt der Entwurf die Pflicht des Reiches, öffentliche Beratungsstellen für Geschlechtskranke in ausreichender Zahl zu schaffen. Sie sind nicht nur als bloße Beratungs- und Fürsorgestellen gedacht, als welche sie sich bewährt haben, sondern als zentrale Gesundheitsbehörden. Doch müßte hier genauer bestimmt werden, für welche Verwaltungseinheiten sie zu schaffen sind. In Berlin z. B. empfehlen sie sich für je einen Verwaltungsbezirk.

Mag der Entwurf nun in dieser oder jener Form Geseh werden, man verheißt sich nicht, daß vieles auf dem Papier stehen bleiben wird. Ein Ziel aber wird das Gesetz erreichen, dem Volk das Gewissen zu schärfen. Das wirksamste Mittel zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ist eben die Erziehung des Volkes und besonders der Jugend zur Selbstzucht, zur persönlichen Hygiene, zur Frühbehandlung, welche die besten Erfolge hat, und endlich zur Rücksichtnahme auf das Wohl des Nebenmenschen und der ganzen Gesellschaft. Dieses letzte echt sozialistische Ziel auch ist es, welches uns veranlassen muß, dieses Gesetz zu begrüßen.

## Eine Kriegervereinsrede

Scheidemann in der Kadettenanstalt

In einem Artikel über den Jagom-Prozess hatte Herr Philipp Scheidemann den militärischen Führern untapferes Verhalten vorgeworfen und daran erinnert, daß sie auch während der Januarstage 1919 nicht auf der Höhe der Situation gestanden hätten. General Maerker, der damals die Führung über die bereits Ende November 1918 gegen Berlin aufgestellten Regierungstrup-

pen hatte, fühlt sich in seiner Ehre getroffen, er dreht den Spiegel um, behauptet, daß die damals rein rechtssozialistische Regierung gezittert und die Militärs um dringende Hilfe angefleht habe. Als dann die Arbeit getan war, kam Herr Scheidemann in die Kadettenanstalt Lichterfelde und hielt dort eine der Symbolik dieses Ortes angepaßte Rede, über die Herr Maerker berichtet:

„Am 13. Januar haben Sie, Herr Scheidemann, meinen Landesjungen im Feldmarschallsaal der Hauptkadettenanstalt in Lichterfelde eine „Kriegervereinsrede“ gehalten. Sie haben von „unseren unvergleichlichen Herrschern Hindenburg und Ludendorff“ gesprochen. (Sie wollten die Mäule mit Speck fangen, Herr Scheidemann! Es ist Ihnen doch hoffentlich nicht unangenehm, an diese Rede erinnert zu werden. Wir denken gern an sie zurück.) Sie haben auch uns Offizieren und Unteroffizieren und Jägern den „herzlichsten Dank der Reichsregierung“ dafür ausgesprochen, daß wir nach der langen Kriegszeit uns erneut zur Verfügung gestellt hätten, „um das Vaterland zu retten“. Warum möchten Sie damals so viele Worte, Herr Scheidemann? Sie brauchten uns ja gar nicht, Sie hatten ja „Ihre Arbeiter“ zur Abwehr gerufen.“

Herr Scheidemann wird sich zu diesem Vorfalle äußern müssen. Aber bitte, nicht auf „Spartakus“ schimpfen, sondern bei der Stange bleiben. Herr Scheidemann, wenn es auch nicht besonders angenehm sein mag, an dieses Kapitel der immerhin ziemlich großen Zeit erinnert zu werden.

## Rechtsanwalt Hiller

Die Revision des Soldatenschänders Kurt Hiller ist soeben vom Reichsgericht verworfen worden. Hiller ist inzwischen nicht untätig gewesen. Seine besondere Begabung veranlaßte ihn, sich um einen Posten als Rechtsanwalt zu bewerben. Dem ist stattgegeben worden, wie folgendes Inserat zeigt, das dieser Tage in der Neuesten in der Presse erschien:

„Ich bin zur Rechtsanwaltschaft bei dem Amtsgericht Neustettin zugelassen und übe die Praxis gemeinsam mit Herrn Rechtsanwalt und Notar August Hoffmann aus.“

Hiller, Rechtsanwalt, Königsstr. 33.

Neustettin ist ein ganz verpöcht deutschnationales Provinznest in Hinterpommern. Ob ein Mann wie Hiller geeignet ist, dem Ansehen der Rechtsanwaltschaft Ehre einzulegen, steht sehr in Frage. Aber über den Geschmach läßt sich nicht streiten.

## Die Sehnsucht nach Klunkerorden

Um einem tiefgefühlten Bedürfnis abzuhelfen, haben die Deutschnationalen im Preussischen Landtag den Antrag gestellt, so schnell wie möglich die Verfügung außer Kraft zu setzen, nach der vom 1. Januar 1922 an keine Eisernen Kreuze mehr verteilt werden dürfen. Die Genehmigung zum Verleihen des Eisernen Kreuzes lag nämlich nach der Revolution in den Händen der Regierungen der Einzelländer. Herr Stegerwald hat dann durch den betreffenden Erlaß mit dem Anlag der Verleihung des Eisernen Kreuzes, drei Jahre nach dem Weltkriege, Schluß gemacht. Wenn sich selbst Herr Stegerwald zu einer solchen Maßnahme aufschwingen würde, läßt sich von ungefähr remessen, welches Schicksal er von den Dedensstreibern erdulden würde. Der neue preussische Ministerpräsident, Herr Braun, hat sich diese Verfügung zu eigen gemacht. Wie die gestrige Debatte im Reichstag gezeigt hat, denkt Herr Braun nicht daran, sie wieder außer Kraft zu setzen. Diejenigen, die sich heute noch um ein Eisernes Kreuz bewerben, sind nämlich in der Hauptsache solche Helben, die den Krieg und seine Gefahren vom sicheren Hort der Stuppe oder der verschiedensten Stabsquartiere aus beobachteten. Das Verlangen nach einem Klunkerorden wird von ihnen lebhaft deshalb gestellt, um mit den kaiserlichen sogenannten Ehrenabzeichen bei nationalistischen Demonstrationen und Redewerksammlungen prunken zu können.

reiche Bau unterscheidet sich ihnen vom kunstlosen Bau dadurch, daß er „reich“ ist, d. h. möglichst viele Säulen und Puppen angelegt hat. Der Bau, der auf solchen Ordensschmuck der Brust verzichtet, ist ihnen langweilig. Sie begreifen nicht, daß das wahre künstlerische Leben eines Baues durch Dekorationen nur beeinträchtigt wird, und daß der Bau, je vollendeter er gebildet ist, um so stolzer den erborgten Plunder allegorischer Niveaus von sich abweist. Das begreifen sie nicht, und daher fördern sie eine Baukunst, deren „schöne“ Ornamente und Embleme nur Vandalen sind, die wunde Stellen im Organismus bedecken müssen. Sie erschweren der jungen Architektur das Leben, deren Norm aus reinen Verhältnismessungen der Kuben und Flächen sie fahl und langweilig finden müssen.

Und dann kommen jene, die so tun, als ob es ein historisches Stadtbild irgendwo in Berlin zu erhalten gäbe! Machen wir uns doch kein A für ein U. Es gibt kein historisches Berliner Stadtbild. Wir haben gewiß ein paar schöne alte Bauten, die selbstverständlich nicht ohne zwingende Not geputzt werden sollen (Reichsbank, Universität, Brandenburgische Tor, Hofstraße und Hof des Schlosses,loge Royal Port u. a.). Aber sie stehen vereinzelt und sind durch schlimme An- und Ein- und Ausbauten längst beeinträchtigt. Eine einheitliche Gruppe gibt es kaum noch und keine alte Straße, keinen alten Platz. Nicht einmal der Gendarmenmarkt hält Stand, und zwar war es Schinkel, der mit dem Schönlustbau seine Restaurierung begann. Kein Fremder, der Berlin besucht, empfindet die entscheidenden Eindrücke vom „historischen“ Berlin, überhaupt nicht von Kunstwerken und von Bauten, sondern von der Lebendigkeit der neuen Stadt, die einen architektonischen Ausdruck noch nicht gefunden hat. Irrenden nicht vorhandenen „historischen“ Berlin erhalten zu wollen, ist grotesk. Die Aufgabe liegt in der bewußten Schaffung des neuen Berlin.

Vom Wollentrichter am Bahnhof Friedrichstraße war hier schon die Rede. Hoffentlich findet man den Mut, da etwas wirklich Neues zu wagen. Am Kempnerplatz ist leider die „Wiederbaugesellschaft“ vor den städtischen Entschlüssen zurückgewichen, die wirklich auch hier etwas zu schaffen fanden. Und ihr Erfolg? Eine schauerliche Panoramafestung, die über nach Ansicht der Entschlüssen „historischen“ Charakter“ des Tiergartenviertels (!) soweit als möglich bewahrt und mit dem Park aufzuwachen. Sie kann aber weder das eine, noch das andere. Das Haus wird doch ein Bureauhaus, nur ein schlechtes, weil kompromittiertes, das ist tut, als sei es ein vornehmer Privatbau. Ich verstehe immer sehr schwer, welchen Vorteil eine solche, unerbittliche Öffnung vor einer guten haben soll. Heute man hier das von Peter Behrens entworfene Haus oder das von Erich Mendelsohn, so hätte man ein Bureauhaus, das wirklich ein Haus ist, einen Bau von Charakter und Klasse, und hier würde dann selbstverständlich auf zusammenhängen sowohl mit den benachbarten älteren Häusern als auch mit dem Park. Denn das Geheimnis künstlerischer Zusammenwirkung besteht aus volaren Synchronisierungen, niemals auf einem Entgegenkommen. Alles Ehrliche vertritt sich, alles Dasselbe schreit sich. Die Ebe ist die beste, in der der Mann männlich und die Frau weiblich ist. Wenn der Mann weiblich und die Frau männlich ist, geht es weit weniger gut.

Wenn sie eine besondere Vorliebe für blecherne Gegenstände hegen, sollen sie auf einem Müllabfuhrplatz Umhau nach geeigneten Blechstücken halten. Diesem Wert kommt nämlich heute denen das Eisenerz gleich, die von den Gefahren des Krieges wirklich etwas erlebt haben und die ferner wissen, daß das kaiserliche „Ehrenabzeichen“ in erster Linie an solche Personen ausgehändigt wurde, die weit ab vom Schuß waren!!

## Hoffnungsvolle Jugend

Der amtliche Brennsche Brestedien“ verbreitet über die Aktion der Lichterfelder Primaner so gerade Darstellung: „Vorkommen sie der letzten Porten haben die Unterrichtsverwaltung dazu angetrieben, einen Teil der Schülerhaft der staatlichen Bildungsinstitutionen scharfe Maßnahmen zu ergreifen. Schüler der 7. Oberinspektion haben am 16. Februar d. J. Mülle Sienen gegen eine Hausame verankert, die durch Kräfte, Bedrohungen, kaum wiederzugebende Schimpfworte zum Verlassen des Saales genötigt werden sollte. Aus übereinstimmenden Berichten der Augenzeugen geht hervor, daß nur durch das Dazwischentreten eines Lehrers und mehrerer Schüler Tätlichkeiten vermieden worden sind. Nur mit Mühe gelang es, den Saal zu räumen und die Hausdame vor den Schülern zu schützen. Ein oder zwei Tage darauf zeigten neue Vorfälle, daß dieses Vorkommnis kein vereinzeltes war: Auf einem Schülerabend wurden nach einer bekannten Operettenmelodie im Chor beschimpfende Lieder gegen dieselbe Hausdame gesungen, so daß dieselben vom Oberlehrer gehört werden konnten. Diese und andere Vorfälle der letzten Wochen haben schließlich zu durchgreifenden Maßnahmen genötigt. Von der in erster Linie beteiligten 7. Oberinspektion sind die an den Ausschreitungen beteiligten Primaner von der Anstalt verwiesen. Die übrigen Schüler sind mit Androhung des Verweises bestraft worden. Nur so erscheint es angesichts der dauernden Disziplinlosigkeit, denen die Anstaltsleitung machtlos gegenüberstand, möglich, ohne Schließung der Anstalt, die einen noch ärgeren Kreis von Eltern und Schülern betroffen hätte, die Autorität der Schulleitung sicher zu stellen. Die Entscheidung ist erfolgt auf Beschluß des Staatsministeriums.“

Diese amtliche Darstellung beweist, daß die hoffnungsvollen Jünglinge, aus denen einmal preussische Richter und Oberlehrer werden sollen, von Bildung nicht viel lernen lassen. Wenn man bedenkt, daß sich aus solchen rüden Samen die Zeitfreiwilligenregimenter, Freikorps usw. zusammengesetzt haben, so werden manche Untaten dieser Barden verständlicher. Es ist deshalb auch für den kulturellen Tiefstand der Rechtsprelle bezeichnend, daß sie diese Fegefeuer der vor der „Reife“-Prüfung stehenden Primaner noch in Schutz nimmt. Die „Deutsche Tageszeitung“ spricht zwar von einer „Jugendfegelei“, attackiert aber den Kultusminister sehr heftig wegen des ihrer Meinung nach ungerechtfertigten Einschreitens. Die „Kreuzzeitung“ findet sogar, daß die Primaner aus „achtungswerten Motiven“ gehandelt haben! Die Deutschnationalen sind also bereit, jede Fegelei mit dem Mantel der Liebe zu decken, wenn sie aus „achtungswerten Motiven“ begangen wird. Die Stellungnahme der Rechtsprelle ist ihrer würdig.

## Schnelljustiz

Dr. Hermes gegen die „Freiheit“

In der Klage des Finanzministers Hermes gegen unseren verantwortlichen Redakteur ist die erste Vernehmung für Montag angelegt. Auch aus ist eine Vernehmung des Verfassers angeordnet, wir wünschen auch, daß die Hauptverhandlung recht bald angelegt werden möge. Um so eher erhalten wir die Möglichkeit, den Wahrheitsbeweis für unsere Behauptungen anzutreten.

Das Ortsklassenverzeichnis abgeschlossen. Der Ausschuh des Reichstags, der in Gemeinschaft mit dem Reichsrat die Nachprüfung des Ortsklassenverzeichnisses zu erledigen hatte, hat seine Tätigkeit am 1. März abgeschlossen, so daß weitere Eingaben an ihn sowie an die Abgeordneten sich erübrigen.

## Alt- und Neu-Berlin

Von Adolf Behne.

„Alt- und Neu-Berlin“ nennt die Akademie der Künste (Pariser Platz 4) ihre Ausstellung. Es ist nicht eben viel von Alt-Berlin zu sehen, kaum etwas, das man nicht aus dem Märktchen und aus dem Schinkel-Museum kennt, und von Neu-Berlin?? Wie wenig die Architekturen Ludwig Hoffmanns, der die Ausstellung zusammenbrachte, mit Neu-Berlin zu schaffen haben, wird gerade hier recht deutlich. (Und mit Alt-Berlin haben sie ebensoviel zu tun.) Ludwig Hoffmann hat Berlin um eine nicht geringe Reihe von italienischen Palazzoassablen des 15. bis 17. Jahrhunderts, aber nicht um einen modernen Bau bereichert. Mit den historischen Formen hatten sich die sachlichen Forderungen abzufinden — so gut oder schlecht es eben ging. Verlangte der „Stil“ irgendwo ein paar Puppen, so hatte sich der Grundriß danach zu bequemen, und der Aufwand an Puppen war bei Hoffmann immer sehr, sehr groß. Unsere Schilderung ist keine hochstehende Übertreibung. Ludwig Hoffmann saß in dem kleinen Führer, den er für die Ausstellung schrieb, von dem Bau der Gemeindefschule in der Bromberger Straße: „Neben dem Erdgeschoss wurde der mittlere Bauteil zurückgehalten, um so die Fassade etwas zu beleben und für vier Kindergruppen (4 Jahrgangsklassen) Platz zu machen.“ (!)

Ludwig Hoffmanns Architektur geht an allen Problemen Neu-Berlins vorüber. Wenn wir noch Bauten suchen, die architektonische Elemente eines (noch recht fernem) Neu-Berlin sein könnten, so finden wir nur Bauten unbedachter Architekten (abgesehen einzig von der interessanten Halle im Landwehrpark am Alexanderplatz von dem früher geforderten Otto Schmalla). Es wären zu nennen die früheren Bauten von Bruno Taut (Wiethäuser am Kottbuser Damm und in Charlottenburg am Anie), deren Arbeit, Reinheit und Einheitlichkeit fortgeführt erscheint in Erich Mendelsohns Umbau in der Doroteenstraße (Hausleben). Wichtig wären dann die Bauten, die Peter Behrens für die AGO, geschloffen hat — und von Hans Polzig das Neuhäuser des Großen Schauspielhauses. Am Anfang der Reihe aber stünde der erste Abschnitt des Wertheim-Baues von Wessel in der Leipziger Straße, dessen Abschluß am Platz schon die Verbuna Wessels zum Historismus andeutet, die dann in den Museumsbauten vollzogen ist.

Bruno Taut hat als Stadtbaurat in Maadeburg neue Aufgaben gefunden, an die er mit Mut und Eifer herangeht. Wir sind überzeugt, daß Taut, sobald er in Maadeburg praktische Aufgaben zu lösen hat, die Reihe seiner reinen und schönen Bauten fortführen wird. Die große Halle, die er in seine Zeitschrift „Kühnheit“ mitteilt (Berlin Karl Peters, Magdeburg) scheint es zu beweisen. Taut Erich Mendelsohn, dessen Einkeim-Turm in Potsdam sehr bekannt geworden ist, für die nächste Zeit weitere Aufgaben in Berlin zu lösen hat, muß und besonders freuen. Der vbrufenlose gesammelte Ernst seiner von Energie erfüllten Bauten hat die bestimmte und große Form, die wir uns für ein neues Berlin wünschen. — Leider sind starke Mächte am Werke, ein Bau aus modernem Geiste in Berlin zu erschweren.

Den politischen Führern der Gemeinde steht leider durchaus der Instinkt für künstlerische Dinge. Der kunst-

Alles Ehrliche vertritt sich. In Danzig gibt es einen sehr ansehnlichen Beweis. Der schöne gotische Turm der Marienkirche erscheint nicht selten in nächster Nähe des mächtigen Kranses der Schichauwerft... und beide bilden dann eine wundervolle Einheit. Baut man aber, wie vorgeschlagen, dazwischen einen Wollentrichter in echt-imitierter Similitudine, so ist der Erfolg: das Alte wird zerstört und das Neue bleibt tot. Nur ein wirklich Neues erhält das Alte! Jedes Lebendige steigert seine Umwelt.

Ein neueres Preisanschreiben der „Widag“ erging für ein Bureauhaus Ede Tiergarten und Mathäikirchstraße (Anstellung der Entwürfe im Ehrensaal des Berliner Rathauses). Das Resultat ist sehr mäßig. Die meisten stellten sich von vornherein, durch Erfahrungen gewöhnt, auf Kompromisse ein. Gott bewahre uns vor diesen zwanzigmal aufgemerzten Klassizismen, gegen die die Bauten des Geheimen Oberhofbauamts von Ihne stolze Kunstwerke sind! Es ist nur ein Entwurf da, unter dem Kennwort „Dacting Style“, der im Kern richtig angeht. Das ist ein modernes Haus, das nicht so tut, als sei vor 100 Jahren vergessen worden, es abzubrechen. Eine geschlossene, energische und einheitliche Form ohne Drum und Dran, die ihr Leben in sich trägt. Sie ist natürlich bei den Preisrichtern durch. Gewählt wurden wieder mal die üblichen Fuderkammerien. Und warum? Weil auch hier ein „Stadtbild“ zu „erhalten“ ist! Es ist wirklich schade, daß selbst Max Eschorn, der dem Neuen sonst wohlwollend und verständnisvoll gegenübersteht, hier glaubt mit-bremien zu müssen. Gebaut, Max Eschorn, wird doch. Soll dann nicht lieber ein gutes Haus entstehen, ein ehrliches Werk, als eine Palmi-Attrappe? Natürlich ist es zu vermeiden, wenn eine weniger gute neue Sache eine wirklich gute alte („alt“ nicht nur im historischen Interesse) verdrängen will. Ist aber eine neue starke Leistung da, so hat die schwächere alte kein Recht, den Weg zu verbarren. Altes erhalten wollen wir jeden Preis, nur weil es alt (besser: weil es „nicht neu“ ist), bedeutet Selbstverstummlung. Wichtiger als ein kaum vorhandenes altes Berlin zu konservieren ist es, das neue zu schaffen. Da müssen die Tore weit geöffnet sein.

Nicht unterbrechen aber kann ich zum Schluß den Wunsch, daß sich das Proletariat noch viel mehr als bisher um das werdende Neue bemühen möchte. Denn wie weit dieser Geist von seinem Wirt empfangen, hängt ab von der Teilnahme, in Wirtlichkeit. Nie es ihm gibt. Gerade der Proletarier, der Meinung für künstlerische Dinge hat, muß Verständnis besitzen für eine Kunst, die nicht mehr privaten und passiven, sondern selbstigen und aktiven Charakters, für eine Architektur, die chronisches, lachlich und notwendig ist im Gegensatz zu einer Architektur, deren Leitmotiv der Wohlstand ist. Und da muß ich schon noch einmal unseren Stadtbaurat zitieren, der offen Ernst fürchtet, er habe das Verfallungsgesetz der Städtischen Gaswerke deshalb mit einer in ähnlichen Fallade geknüpft, weil die Werke zur Zeit der Pönung „Nahrung mit einem hohen Übermaß“ erhalten. (!!!) Dies sollte kein Wort zum Nachdenken erregen! Ein berlinerisches Mitternachten der Aufgabe eines Architekten ist einfach undenkbar.

# Die Kontrolle der Allierten in Deutschland

## Ein italienischer Vermittlungsvorschlag

Paris, 15. März.

Ueber die heutige Sitzung der Vorkonferenzkonferenz verbreitet die „Agence Havas“ folgende Meldung: Die Vorkonferenzkonferenz hat heute vormittag von dem Bericht Kenntnis genommen, den sie in der vorigen Woche von dem interalliierten Militärkomitee in Versailles eingeholt hatte. Nach dem vom diplomatischen Redakteur der Agence Havas eingelegenen Erkundigungen soll der Bericht auf die Aufrechterhaltung der Kontrolle in Deutschland hinauslaufen, zu bestimmen bleibe nur noch ihre Dauer. Auf französischer Seite soll man dazu neigen, sie noch für einen Zeitraum von mindestens acht Jahren aufrechtzuerhalten. Hierüber soll eine Erörterung stattgefunden haben. Der italienische Vorkonferenz, der zum ersten Male an der Vorkonferenz teilnahm, soll einen Vermittlungsvorschlag gemacht haben, der grundsätzlich eine Dauer von acht Jahren zuläßt, aber vorsieht, daß, wenn Deutschland in der Ausführung der militärischen Klauseln des Versailler Vertrages guten Willen an den Tag gelegt habe, der Allierbund vor diesem Termin mit der Uebernahme der französischen Bestimmungen befreit werden kann. Diese Lösung soll die Zustimmung der französischen Delegation gefunden haben. Die englischen Vertreter sollen darüber an ihre Regierung berichten.

## Eine neue Entwaffnungsnote

### Gegen die Organisation der Schutzpolizei

Eine seit längerer Zeit inoffiziell angekündigte Note der Vorkonferenz der in der Interalliierten Militärkontrollkommission vertretenen Mächte ist gestern bei der deutschen Regierung eingegangen. Die Note enthält eine Beschwerde über angebliche Widerstände in Entwaffnungsfragen und bringt dabei die Organisation der Schutzpolizei zur Sprache, die bereits in einer Note der Interalliierten Militärkontrollkommission vom 27. Februar d. J. zum Gegenstand einer Vorstellung gemacht worden ist. In dieser letzteren Frage ist gestern der Kontrollkommission im Einverständnis mit den Regierungen der Länder eine Erklärung übergeben worden.

## Die Kämpfe in Südafrika

### Das Ende des Aufstandes

Nach etwa einwöchiger Beschießung durch Maschinengewehre und Artillerie hat sich Johannesburg, das letzte Johannesburger Bollwerk der Revolutionäre ergeben. Es wurden zahlreiche Gefangene gemacht.

## Die Stellung der englischen Arbeiter

London, 16. März (Jntel.).

Gestern traten die Exekutiven der Labour Party und der Trade-Union zu einer Erörterung der durch die Kämpfe in Transvaal geschaffenen Lage zusammen. Es wurde beschlossen, unter Führung Hendersons eine Delegation zum Arbeitsminister Mac Namara zu senden, um von diesem Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zu verlangen. Dieses Ersuchen wurde von Mac Namara abgelehnt.

## Eine kommunistische Doppeleristenz

Zugleich mit den Mitteilungen über die kommunistische Vermittlungsbank zwischen Poincaré und der Sowjetregierung hatte der „Vorwärts“ über ein eigenartiges Doppelleben des französischen Kommunistenführers Paul Louis berichtet. Dafür ist das Blatt von der „Noten-Zeitung“, dessen geschäftlicher Mitarbeiter Paul Louis ist, mit einer Flut von Beschimpfungen überschüttet worden. Der „Vorwärts“ stellt nunmehr folgende Frage:

Ist es richtig, ja oder nein, daß der jetzige Auslandsredakteur der kommunistischen „Humanité“, Paul Louis identisch ist

mit dem Herrn, der vor dem Krieg, während des ganzen Krieges und nach Kriegsende bis zum Herbst 1919 Auslandsredakteur des „Petit Parisien“ war?

Wenn diese Frage beantwortet sein wird, ist der „Vorwärts“ bereit, weitere Fragen an Paul Louis zu richten, falls er über die „Note Havas“ noch ein besonderes Bedürfnis danach empfinden sollte.

## Der internationale Gerichtshof

Genf, 15. März.

Der österreichische Vertreter beim Völkerbundsekretariat hat heute die Klauseln über die obligatorische Gerichtsbarkeit des Ständigen internationalen Gerichtshofes unter der Bedingung der Gegenseitigkeit unterzeichnet. Damit erkennt Oesterreich, wie eine Mitteilung des Völkerbundsekretariats hervorhebt, für eine Dauer von fünf Jahren für Streitfälle mit irgendeinem Völkerbundmitglied oder Staat, der dieselbe Verpflichtung übernimmt, ohne weiteres die Zuständigkeit des internationalen Gerichtshofes an.

## August Palm gestorben

Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Stockholm ist der Begründer der Sozialdemokratischen Partei Schwedens, Genosse August Palm, am Mittwoch gestorben. Genosse Palm, der hoch in den Siebzig stand, hatte als junger Mann als erster mit Begeisterung und nie erlahmendem Eifer den sozialistischen Gedanken in die Arbeiterchaft Schwedens getragen und auch später der Partei die wertvollsten Dienste geleistet. Zunehmendes Alter und körperliche Gebrechlichkeit hatten ihn seit Jahren gezwungen, sich aus dem öffentlichen Leben zurückzuziehen.

## Kritik an der Sowjetwirtschaft

### Auf dem Allrussischen Landwirtschaftskongreß

Der in Moskau tagende Allrussische Agrarierkongreß hat sich zu einem interessanten politischen Ereignis gestaltet. Der Programmredakteur Ossinski, der als Stellvertreter des Volkskommissars für Landwirtschaft Jakowenko die tatsächliche Leitung des Kongresses innehat, folgte eine lebhaft diskutierte, wobei eine ganze Reihe von bekannten Fachleuten die gesamte Politik der Sowjetregierung, soweit sie irgend eine Beziehung zur Landwirtschaft hat, einer sachlichen und oft auch der Form nach äußerst scharfen Kritik unterzog. Den Mittelpunkt bildete die Rede des früheren Kadettenführers Fürst Schachowskoj, der u. a. gegen den allgemeinen staatlichen Zwang und die Bevormundung des Genossenschaftswesens durch den Staat eintrat und den Schwerpunkt der Fürsorge für die Landwirtschaft auf die freie Veräußerung der lokalen Elemente verlagern wollte. Dem Volkskommissar für Landwirtschaft wurde vorgeworfen, daß er weder die nötigen Informationen über die Lage auf dem Lande besitze, noch imstande sei, seine Pläne gegenüber dem Widerstande der Provinzgewaltigen durchzusetzen. Es wurde auf die schädlichen Wirkungen des Außenhandelsmonopols und der immer noch bestehenden „Komitees der Dorfparmen“ hingewiesen.

Der Korrespondent Ossinski, Prof. Kondratjew, erklärte in der Diskussion, der Plan der Sowjetregierung, die Landwirtschaft mit ausländischem Kapital zu befruchten, habe keine Aussicht auf Erfolg, solange der neue Wirtschaftskreis mit dem als sicher bevorstehend bezeichneten Ausbruch der Weltrevolution besetzt werde. Die Oppositionsreden, in denen auch die Forderungen nach Wiederherstellung des Rechtsstaates, nach bürgerlicher Freiheit und lokaler Selbstverwaltung aufgestellt wurden, erregten für mich einen Beifall seitens der Kongreßteilnehmer und des anwesenden Publikums. Diese Forderungen wurden von Ossinski entschieden zurückgewiesen, der jedoch eine Lockerung des Außenhandelsmonopols in Aussicht stellte.

Bewegung soll noch heute andauern. Ueber Ueberlegungen geologischer und geographischer Art führt Wegener genaue Ortsbestimmungen in Grönland an, die zeigen, daß im Zeitraum 1823 bis 1870 eine Verschiebung Grönlands um 420 Meter nach Westen erfolgte und von 1870 bis 1907 eine solche von 170 Metern. Dies wurde als Beweis dafür betrachtet, daß die Bewegung Grönlands noch bis in die allerjüngste Zeit fortbesteht. Gegen die Beweisführung haben sich Erich von Drygalski und Albrecht Bend gewandt. Nun veröffentlicht Hr. Burmeister in Petermanns Mitteilungen eine genaue Prüfung der aus Grönland vorliegenden Positionsbestimmungen.

Mein Zeitungsleser. Vertrag für Vertrag treffe ich ihn, meinen Zeitungsleser. Zur bestimmten Zeit steht er auf dem Untergrundbahnhof mit leuchtenden Augen. Er pircht sich an den Zeitungsstand und behauptet dort, inmitten der hastenden Käufer, seinen Platz, das ist sein gutes Recht. Er liest und liest. Wie nachträglich die Grenzspähle stehen, wie Vögel sich die Republik vorstellt, das alles wird er aus den Ueberblicken gepahrt und den ihm gerade zugekehrten Halbselten der Zeitungen. In der seinen Augen erreichbaren Einleitung einer wissenschaftlichen Abhandlung genießt er die Freuden des gestirnten Himmels und irgendwo unten Strich liest er Ausführlichkeiten über die neuen Briefmarken in aller Welt und nebenbei, daß Irland sich einstellten noch mit den alten englischen behillt, die nur einen Ueberdruck bekommen. Alle Weltgeschicknisse werden ihm im Extrakt serviert, ihm wird seine Zeit in konzentrierter Form aufgeschicht.

In ihm fliehet das Schöne nach Vertiefung, aber sein Gelbheit steht damit nicht im Einklang. Für ihn gehört die Anschaffung von Zeitung und Buch zu einem so unbestrittenen Ding der Unmöglichkeit, daß er sich gar keine Gedanken mehr darüber zu machen braucht. Die literarischen „Wirklichkeiten“ nehmen seine Kräfte voll in Anspruch. Wohnung, Kleidung, Nahrung, in welchem Dunstkreis von Angst, Sorgen und Qual stehen für ihn diese Worte. Er hält sich ganz primitiv am Leben und das Saitlein ist keine natürliche Erscheinung bei ihm, sondern ein Ausnahmezustand, der seinem Magen meist schlecht bekommt. Den weitaus größten Teil der Schwaben kennt er nur durch die Schaufensterauslagen. Und wenn in der Mietkammer, in der er ein Stübchen innehat, irgendwo Fleisch gebraten wird, dann ist das eine angenehme Schmeichelei für seine Nase.

Er ahnt sie nicht nur, nein, er weiß von dem Bestand geistiger Werte. Die Krut macht ihn wohl stumpf gegen seinen äußeren Menschen, aber Schönheitserst und das Interesse für das Außermaterielle konnte sie nicht erschlagen. Er empfindet alle geistigen Anregungen im Vorübergehen und durch Stehen bleiben vor dem Zeitungsstand und den Schaufensterauslagen. Er erfährt mitunter davon. Es gibt Bibliotheken, die Bücher verkaufen und Kurse, durch die man sich fortbilden kann. Doch das ist auch an Geldausgaben, große Häuser und eine gewisse Repräsentation gebunden. Er aber ist zu sehr an das Sofa in den Winkeln gewöhnt, das macht scheu und misstrauisch gegen die Helle.

Seine Augen sind so ausnahmegierig und so groß, wie feierkrank. Dabei ist er nicht's besonderes, nur ein Typ, jedoch der Typ einer unheimlich großen Menge. Und in der Welt regiert die wachsende Sättigung des Schickertums.

Was wird aus meinem Zeitungsleser?

Erna Böling.

## Preußischer Landtag

In der Fortsetzung der Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung polemisiert der Abgeordnete Altogger (Zentr.) gegen die Vertreter der Banken, die die Produktivgenossenschaften der Bauarbeiter in Schutz nehmen.

Der Volksparteiler Morly tritt gegen den Aufstundentag auf, indem er den Rechtssozialisten Lindemann als Anreger für die Notwendigkeit der Verlängerung der Arbeitszeit zur Hebung der Produktion anruft. Er fordert weiter die Zusammenziehung der Stadtvertretungen nach dem Verhältnis der erwerbsfähigen Bevölkerung.

Der Minister betont die Notwendigkeit der Ausgestaltung des Innungswesens zu einer leistungsfähigen Organisation, vielleicht auf der Grundlage der Bezirksvereine der tätigen Gewerbetreibenden. Die Umstellung der Arbeitskräfte, besonders für das Baugewerbe, muß mit allen Mitteln gefördert werden.

Bei der Beratung des zweiten Etatsabschnittes Teckler weisen mit Ab. Herold (Zentr.) scharf gegen die Entstaatlichungsbestrebungen der bürgerlichen Parteien in bezug auf die Reichsbahn auf. Er schildert die unerhörten Vorgänge in der Duisburg-Ruhrorter Hafenfrage.

Abg. Treitschke (Zentr.) verlangt eine höhere Anpassung der Eisenbahn an die wirtschaftlichen Notwendigkeiten. — Abg. Bruns (Dtn.) befaßt sich über die Rückführung der Kohlen- und Kohlentransport. — Abg. Guderling (D. Vp.) vertritt das Vorgehen der rheinisch-westfälischen Großindustrie in der Duisburger Hafenanlage zu rechtfertigen.

Abg. Jürgensen (USP) führte aus: Die oftmals heroisch gehobene Benachteiligung Preußens und Bevorzugung Bayerns in bezug auf die Regelung der Verkehrsverhältnisse scheint ihre tieferen Ursachen zu haben in dem innigen Konnex der politischen Auffassung der bayerischen Verwaltung und dem Reichsverkehrsministerium unter General Gröner zurückzuführen. — erlebte Ministerium unter General Gröner.

Wenn der Staat so erhebliche Mittel für die Häfen und deren Instandhaltung aufwendet, muß Schritte unternimmt, um die Häfen durch das Anlanden der Frachter rentabler zu gestalten und vor allen Dingen die heimische Bevölkerung mit Fracht zu versorgen und nicht die Fracht ins Ausland gehen zu lassen. Gegenüber der Behauptung des Vertreters der Deutschen Volkspartei, daß die Angriffe gegen die Großindustrie und das Handelsministerium sich auf sehr ansehnliches Material stütze, muß festgestellt werden: Am 21. April 1921 hat der Vertreter der Bergbauverwaltung im Reichsanhalt und Kohlenkontor für die Beteiligung dieser beiden Gruppen an der zu bildenden gemeinwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft der Duisburg-Ruhrorter Hafenverwaltung gestimmt. Am 3. November 1921 erklärte die Staatsregierung, daß sie sich mit einem derartigen Plan nicht befassen werde, während schon im August 1921 die Vertragsentwürfe ausgearbeitet wurden, und zwar ein Entwurf im preussischen Handelsministerium, ein zweiter im Reichsverkehrsministerium. Die Namen der Beamten, die diese Arbeiten ausführten, stehen auf Wunsch zur Verfügung. Die Erklärung der Deutschen Volkspartei ist eitel Heuchelei. In Wirklichkeit ist sie die treibende Kraft dieser Entstaatlichungsbestrebungen. Der Abg. Guderling, der hier diese Erklärung abgab, ist am 20. Januar d. J. für die Entstaatlichung eingetreten, mit der Einschränkung, hierfür eine andere Bezeichnung zu wählen, da dieser Ausdruck zu wenig Symbole besitze. Fest steht, daß die bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Demokraten die Vorbereitungen für die Auslieferung der Hafenanlagen betrieben haben. Das Handelsministerium stand damals unter Leitung des Demokraten Jischke. Das Betragen der in Frage kommenden Beamten seines Ministeriums in bezug auf den Schutz des Staatseigentums war miserabel. Die Leistungen waren unter aller Kanone. Der schärfste Kampf der Arbeiterklasse wird einsehen, wenn man es wagen sollte, das Staatseigentum auszuliefern.

## Die abgeblickte Nothilfe

Vor einigen Tagen veröffentlichten wir eine Aufschrift des Oberbürgermeisters Boeck an die Direktoren der städtischen Werke, in welcher dieselben aufgefordert wurden, auf Anregung der Technischen Nothilfe schnellstens Pläne der Werke für die Zwecke der Nothilfe heranzubringen. Weiter sollte die Nothilfe in den Werken direkt unterrichtet werden und durch die Direktoren und höheren technischen Angestellten jede Förderung erfahren.

Es sollte in den Werken sogar ein hoher Beamter bestimmt werden, der alle Wünsche der Nothilfe zu prüfen und zu bearbeiten hätte.

Der Zentralverband der Angestellten hatte im Anschluß an dieses Schreiben des Oberbürgermeisters vier Fragen an den Magistrat gerichtet. Es kam auf die Feststellung an, ob hier wieder einmal eine eigenmächtige Handlung des Stadtoberhauptes vorliegt, von der dem Magistrat nicht Mitteilung gemacht worden war, und ob der Magistrat diese Maßnahme deckt. Es ist dem Magistrat beifällig gesagt worden, daß jede Förderung der „Technischen Nothilfe“ als ein Feindesstück gegen die freien Gewerkschaften angesehen wird und daher den bestmöglichen Widerstand finden muß. Es wurde noch besonders darauf hingewiesen, daß zur Ausführung von Nothilfsarbeiten in Lebenswichtigen Betrieben die freien Gewerkschaften bereit sind und deshalb Verhandlungen, die den beabsichtigten Zweck erreichen, mit diesen geführt werden müssen.

Das Schreiben des Oberbürgermeisters Boeck war nunmehr Gegenstand einer Beratung im Magistrat am 15. März. Dabei zeigte es sich, daß die Mehrheit des Magistrats den Standpunkt des Oberbürgermeisters nicht teilte, sondern folgenden Beschluß zustimmte:

„Der Antrag der Technischen Nothilfe vom 6. Februar 1922, eine Vereinbarung mit dem Magistrat über den Einfluß der Technischen Nothilfe zu schaffen, wird abgelehnt.“

Die vom Magistrat einseitig gebildete Verbänderkommission bei Tarifverträgen wird beauftragt, mit der Gewerkschaftskommission gemeinsame Richtlinien über Nothilfsarbeiten bei Streiks anzubereiten.“

Dem Magistrat war die Stellungnahme der freien Gewerkschaften nicht unbekannt, und darum mußte das Schreiben des Oberbürgermeisters wie eine beabsichtigte Provokation wirken. Diese Beunruhigung hätte man vermeiden können, wenn man die schon früher angetragenen Verhandlungen mit der Gewerkschaftskommission geführt hätte. Dazu war es nicht nötig, daß der Oberbürgermeister Boeck durch eine geplante Ueberbrückung erst einen neuen Anstoß dazu geben mußte. Wir hoffen aber, daß nunmehr die Verhandlungen recht bald zu einem befriedigenden Abschluß geführt werden.

Die Technische Nothilfe, die wegen ihrer Leistungsunfähigkeit bekannt und wegen der durch ihre Tätigkeit hervorgerufenen schweren Betriebsstörungen herabgerückt ist, wird wohl nun auf die geplanten Ausbildungsinstitute in den städtischen Werken für immer verzichten müssen.

## Die Ablieferung der Steuermarken für 1921

Der Magistrat teilt mit: In einigen Tageszeitungen sind Beschwerden über die Markenablieferung bei den Steuerbehörden erhoben worden, die eine Aufklärung notwendig machen. Die Ablieferung der Steuermarken für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1921 war bekanntlich vom Reichsfinanzminister bereits den Monat Januar angeordnet worden. Da bis

Der Tenor. In seinen besseren Tagen hat Ludwig Thoma die Geschichte von dem letzten Herrn geschrieben, der ins überfüllte Kuppe einsteigt, sich dort möglichst räpelhaft benimmt und einen Sturm der Empörung entfesselt. Bis er sich schlicht zu erkennen gibt: Papi Spröbauer, Wagnerjäger. — und den verzierten Besessenen die Worte ins Stammbuch schreibt: Eht eure deutschen Meister.

Der deutsche Meister Siegal hat (im Verlag Ernst Rowohlt, Berlin) ein Erinnerungsbuch erscheinen lassen, das er nettlich bezeichnend seine „Sämtlichen Werke“ nennt. Aber auch die Andenken, noch zuviel. Wenn Memoiren weder durch Stoff und Milieu, noch durch Anschauung und Gestaltung, kurz, wenn sie durch nichts bemerkenswert sind als durch die Fülle von Banalitäten, die in einem Menschen vereint sein kann: was sollen sie dann? Gewiß, der Autor hat mit vielen und berühmten Menschen gesprochen; aber keiner hat ihm etwas zu sagen gehabt. Kein Zweifel, er hat manch schönes Land gesehen; aber auf keines anders als mit den Augen des Vergnügungsvollenden. Dabei ist das Ganze im Krampf eines angemessenen Neulittonstils geschrieben, doppelt peinlich durch die deprimierte Haltung des Liebings: es sei ja nicht sein Nach, er singe sonst den Lohensprin, er könne gar nicht schreiben. Und tut es doch, und noch dazu mit einer gequälten Humoristik, die ihre Pointen am liebsten aus der Verblüfftheit des Lesers und Verdauens hat. Es ist der Entwicklungsroman eines Bauers. Zum ersten Male auf amerikanischem Boden, auf Sizilien, der Glödetrotter, begelert aus: „Abends erwartete mich schon ein fröhliches Nachtmahl — greifen wir einmal, des Kontrastes mit dem wilden Westen wegen, ein märchenhaftes Kaffeegulisch mit wonneumwobenen Reden heraus. Dazu ehtes bantisches Bier! In Flaschen!“ Und die Schilderung seiner Seelenheit ist so eingehend, daß wir gar nicht der plastischen Unterführung durch die Photographie — Sizilien, goryonolagris, wehrlos und lebensüberdrüssig — bedürfen, um sie wirkungsvoll mitzuerleben. Zwischen durch ist vom Theater, Kamillen- und Kesselpfeifen, harmlos und langweilig, deren jede beweist, daß dieser Künstler wie ein Sanitätsdirektor gelebt, geliebt und verdient hat.

Schlechte Memoiren hat es zu allen Zeiten gegeben und die hier auch — in kleinerer Form — des Aufhebens wert, wenn nicht auch sie ein Stück deutscher Heldenerhebung entlarven. Doch einer der abends den Othello kammetriert, im Leben der platt sie Williger sein kann, wird der Deutsche in keine nicht glauben, als er vor Kostüm und Uniform wehrlos ist. Er wird weiterhin keine Williger sein am Schlafhut anmalieren und nicht imstande sein, Distanzen oder Katenorien der Kunst zu unterscheiden. Es mag gerät sein, daß ein gewisser Tenor die Eigenschaften seines Kestlers mehr Ged. eingebraucht haben als taufend Dichtern die ihres Gehirns; sobald er aber darüber hinaus literarischen Ehrgeiz beweist, hätte ihm ein ernsthafter Verleger, statt den Unzug durch eine luxuriöse Rufausgabe zu realisieren, höflich und entschieden bedeuten müssen, daß ihm Natur nichts gab als eine schöne Stimme. Heinrich Fischer.

Entfernt sich Grönland von Europa? Professor Wegener hat die in letzter Zeit viel diskutierte Theorie über die Entstehung der Kontinente und Ozeane aufgestellt, nach der ursprünglich Europa, Afrika und Amerika zusammengehörig waren. Die heutige Gestalt und Lage der Kontinente habe sich dann dadurch herausgebildet, daß sich Amerika von der europäisch-afrikanischen Landbrücke löste und allmählich nach Westen wanderte. Diese

Städtischen Steuerhöfen zu dieser Zeit aber durch die Einziehung der Reichseinkommensteuer für 1920, vor allem durch die damit verbundene Abnahme der Steuermarken für die Zeit bis zum 31. März 1921 und die Rückzahlung der zumiel abgezogenen Lohnbeträge bereits überlastet waren, wurde die Ablieferung der Steuermarken für 1921 auf den März verschoben. Durch die große Verzögerung der Veranlagung der Reichseinkommensteuer für 1920 sind die Steuerhöfen auch jetzt noch in einzelnen Bezirken überlastet, jedoch für die Abnahme der Steuermarken für 1921 zum Teil besondere Annahmestellen eingerichtet werden mußten. Insofern mußte die Annahme der Marken in den Steuerhöfen oder in besonderen Annahmestellen für die einzelnen Verwaltungsbezirke besonders geregelt werden. Auf diese beschleunigte Regelung ist bereits in der Veröffentlichung des Landesfinanzamts hingewiesen worden. Die zuständigen Steuerhöfen und Annahmestellen, sowie die für die Annahmestellen besonders festgesetzte Zeit zur Abfertigung der Steuermarken ist für jeden Bezirk durch Säulenanschlüsse bekanntgegeben worden. Abfertigungspflichtige, die diesen Säulenanschlüssen nicht beachtet haben, können in jeder Steuerkasse oder Annahmestelle ein Verzeichnis sämtlicher Annahmestellen für Berlin einsehen. Der Säulenanschlag wird demnächst wiederholt.

Im allgemeinen ist zu beachten, daß bei der Abfertigung der Steuerbücher für 1922, und somit ein Einkommensteuerbescheid für 1920 bereits vorliegt, auch dieser mitzubringen ist. Die auf dem Steuerbuch für 1922 angegebene Stadt- und Steuerbezirksnummer ist maßgebend für die Zuständigkeit der Annahmestelle. Anstelle des Steuerbuches kann eine Bescheinigung des Arbeitgebers über die Steuererheben abgegeben werden. Wer seine Marken rechtzeitig abfiehlt, vermeidet, soweit das Einkommen den Jahresbetrag von 24 000 M. nicht übersteigt und soweit anderes Einkommen als Arbeitseinkommen nicht vorhanden ist, die besondere Veranlagung für 1921. Im Bezirk der Finanzämter Gesundbrunnen, Steglitz und Großlichterfeld werden die Steuermarken nicht von den städtischen Steuerhöfen sondern von den bei diesen Finanzämtern eingerichteten Finanzämtern abgenommen.

## Sozialismus und Alkoholfrage

Die Brauer und Brenner schließen wieder heute Dioidenden, denn der Alkoholismus kriegt in den letzten beiden Jahren ununterbrochen. Aber gleichzeitig mit ihm wachsen auch die vielseitigen Alkoholischen. In der Alkoholfrage wirkt nicht nur eine Privatangelegenheit des Einzelnen, genau so wie die Heilung des städtischen Speisepettes? Oder haben die Trankomaneheiten der Massen nicht eine allgemeine Bedeutung? Wenn Sie nicht zurück auf die Volkswirtschaft, das physische u. geistige Volkswohl. Heute, wo das Proletariat im schweren Kampf gegen die von allen Seiten ankommende Reaktion steht und sich der fortschreitenden Vereindung erwehren muß, erscheint es besonders notwendig, die Trankitten gerade für ihre Bedeutung auf den Klassenkampf zu prüfen. Der Arbeiter-Assoziations-Bund will diese wichtige Frage aufrollen und hat darum für Freitag, den 17. März, abds. 7 1/2 Uhr, in der Sophienschule, Weinmeisterstr. 16-17, eine öffentliche Volksversammlung einberufen. In dieser Versammlung, die gleichzeitig von der S.P.D., der U.S.P.D. und der Gewerkschaftskommission veranstaltet wird, wird Genosse Dr. Holtzner, Abgeordneter der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Reichstagskammer, einer der gründlichsten Kenner der Alkoholfrage, über die Beziehungen zwischen Alkoholismus und Klassenkampf sprechen. Wir empfehlen den Besuch der Versammlung angelegentlich unseren Genossen.

## Aus den Bezirken

Dem Nachrichtenamt Wilmersdorf wird und geschrieben: Die Wohnungsnot lastet unendlich drückend auf der Bevölkerung. Bei der Menge der Bewerber kann von den Wohnungsbauern selbst nur ein kleiner Teil der dringenden Fälle berücksichtigt werden. Das Wohnungsamt des Bezirks Wilmersdorf hat daher jetzt eine Stelle eingerichtet, welche die Aufsicht über die Vermittlung von nicht zu Wohnungen benutzten Räumen übernimmt. Eine Reihe von Hauswirten würde zum Beispiel gern ihr Dachgeschoß ausbauen, um die Rentabilität ihres Hauses zu steigern, ist aber nicht in der Lage, die Kosten für den Ausbau zu tragen. Auf der anderen Seite würden diese Wohnungsladende die Kosten für den Ausbau einer solchen Wohnung ganz oder zum Teil übernehmen, wenn sie auf diese Weise schnell eine geeignete Unterkunft erhalten können. Die so geschaffenen Wohnräume unterliegen nicht der Zwangsversteigerung durch das Wohnungsamt. Die neue Stelle dient lediglich der Vermittlung zwischen beiden Parteien. Sie befindet sich im Wohnungsamt Wilmersdorf, Meierrothstraße 12, im Zimmer 6 und ist telephonisch unter Pfalzburg 2400 Apparat 200 erreichbar.

Die „Rote Fahne“ druckt in Nr. 118 unter der Überschrift „Abrechnung mit einem Stadtrat der USPD.“ die Meldung einer hagerlichen Berliner Korrespondenz ab, wonach der Genosse F. Küter, anlässlich des letzten Streiks, Maßregelungen vorgenommen habe, die das Wohlwollen seiner Fraktionskollegen derart erregten, daß er gelegentlich einer Auseinandersetzung von einem Mehrheitssozialisten und einem Unabhängigen eine handgreifliche Beledigung erhielt. Wie unzutreffend und leichtfertig die behaupteten Vorwürfe sind, ergibt sich daraus, daß Genosse Küter bis zum 5. d. Mts. an keiner Sitzung teilgenommen hat, weil er seit dem 8. Februar an einem mit Fieber verbundenen Bronchialkatarrh erkrankt war, und daß er auch an dem Tage, als die angebliebenen Maßregelungen erfolgten, nicht im Dienste war.

## Die Riesenfarm am Amazonasstrom

Eine höchst abenteuerliche Angelegenheit, in deren Mittelpunkt ein angeblicher brasilianischer Farmbesitzer mit dem märchenhaften Vermögen von 8 Millionen Dollar steht, beschäftigt gestern die 3. Straßammer des Landgerichts I. Angeklagt wegen Betrugs und schwerer Urkundenfälschung war der Kaufmann Heinrich Schäfer. — Nach dem Verlust unserer Kolonien infolge des Krieges war auf Anregung der Kolonialverwaltung die Firma Dr. Tobias & Co. dem Plane nahegetreten, Heberseepflanzungen, und zwar insbesondere in Südamerika zu erwerben, um von dort Rohprodukte, hauptsächlich Baumwolle und Kaffee nach Deutschland einzuführen. Da im Hinblick auf die Verhältnisse eine Erwerbung von Heberseepflanzungen mit deutschem Gelde nicht möglich war, suchte die Firma ausländische Kapitalien zu erhalten und trat im Laufe dieser Verhandlungen auch mit dem jetzigen Angeklagten Schäfer in Verbindung, ohne zu ahnen, daß dieser eine höchst zweifelhafte Abenteurernatur war. Schäfer trat als deutsch-brasilianischer Pflanzungsbesitzer auf und behauptete, Inhaber der Firma Weil & Schäfer zu sein, welche am oberen Amazonasstrom in Santa Rita eine Riesenfarm mit einem Betriebskapital von 8 Millionen Dollar betriebe. Hier von wollte Schäfer 4 Millionen für die zu gründende deutsche Gesellschaft zur Verfügung stellen. Da sich Schäfer mit den brasilianischen Verhältnissen scheinbar vertraut zeigte und auch eine Amsterdamer Bank beauftragte, sich von der New York Bank in Santa Rita die Summe von 200 000 Dollars anweisen zu lassen, glaubte die Firma, es tatsächlich mit einem brasilianischen Milliardär zu tun zu haben, und rüßte, da das Geld nicht rechtzeitig einlief, auf ihre Kosten eine Expedition nach Brasilien aus, an der hauptsächlich ehemalige Offiziere, die sich dort als Pflanzungsinspektoren betätigen wollten, teilnahmen. Schäfer selbst ließ sich von dem Firmeninhaber Dr. Tobias die Summe von 42 000 Mark gegen Verpfändung eines Erbschaftsanteils, der, wie sich später herausstellte, völlig wertlos war.

Die Expedition fuhr auch nach Brasilien, aber schon unermesslich schöpften die Teilnehmer Verdacht, so daß sie vom Schiff aus eine drastische Depesche an die Firma des Inhabers sandten, „Schäfer offenbar Schwindler“. In Pernambuco verfiel der Angeklagte plötzlich krank und überließ die übrigen Expeditionsteilnehmer ihrem Schicksal. Diese stellten fest, daß die Millionenfirma Weil & Schäfer gar nicht existierte, sondern nur ein sehr übelbeleumundeter und im Verdacht der Kalkülmanipulation stehender Former Weil am oberen Amazonas eine kleine Holzhandlung betrieb. Den geprüften Teilnehmern gelang es mit vieler Mühe, eine Stellung in Brasilien zu finden, während der Angeklagte erst zwei Jahre später wieder in Deutschland auftauchte und hier verhaftet wurde. — Das Gericht verurteilte den Schwindler jetzt zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und verhaftete ihn sofort im Gerichtssaal, da er inzwischen wieder aus der Haft entlassen worden war.

Für 16 Millionen Mark Schmuckwaren unterschlagen. Eine Kleiderunternehmung, die in Barcelona verlobt wurde beschäftigt auch die hiesige Kriminalpolizei. Vor vier Wochen unterschlug ein Reisender, Hugo de Barenton, einem spanischen Nummeller in Barcelona eine große Anzahl Brillanten und Schmuckwaren, die einen Gesamtwert von 16 Millionen Mark haben. Man vermutet, daß der Flüchtling versuchen wird, in europäischen Großstädten seine Wege zu Geld zu machen, und daß er zu diesem Zwecke auch nach Berlin kommen wird, oder sich vielleicht schon hier aufhält. Unter den geführten Nummern befinden sich einzelne Stücke von außerordentlich hohem Werte: so eine Perlschnur im Werte von 61 614.— Pesetas, zwei andere von 37 579 und 22 228 Pesetas, rote Brillanten, darunter zwei in Rauten, von ungefähr 4 bis über 9 Karat Gewicht und 23 000 bis 37 000 Pesetas im Werte, 23 Karat Brillanten, die zusammen 145 000 Pesetas kosten. Ein kleiner Brillant von 23 000 Pesetas, Krampfadernadeln, Brillanten mit Brillanten, Onix, Smaragd und Saphiren, Uhrenarmbänder mit Brillanten und Saphiren, ein Paar Ohrringe im Werte von 12 000 Pesetas und dergleichen. Für die Wiederbeschaffung sind 10 Prozent des Wertes als Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen nimmt die Dienststelle A 3 der Kriminalpolizei entgegen.

Auf offener Straße ausrennen wurde in der vergangenen Nacht ein Kaufmann F. Feller hatte eine junge Dame kennen gelernt und mit ihr verschiedene Lokale aufsucht und dort geschickte. Auf dem Wege von der Krausen, nach der Reinsdorfer Straße wurde er in der Friedrichstraße von zwei unbekannten Männern angegriffen, die ohne weiteres auf ihn einschlugen, als er sich die Anrennen verbot. Bei der Schlägerei raubten sie ihm aus der inneren Westentasche die Brieftasche mit 7000 Mark barem Geld und wertvolle Geschäftsunterlagen. Mitteilungen von Herrn des Heberfeldes werden im Zimmer 80 von Kriminalkommissar Wernersburg entgegengenommen.

Die städtischen Behörden teilen mit: Entgegen einer fälschlich durch die Presse angebrachten Nachricht, daß in den städtischen Lehrhöfen nur fünfstellende Reitungen ausüben, muß festgestellt werden, daß zwar die Anzahl der Reitungen einschränkt worden ist, daß aber nach wie vor Reitungen aller Parteidrichtungen ausüben.

Hilfe für die Ruffenhilfen. Im Auftrag des Bundes entschiedener Schulreformer sammelt Stud. phil. Wolfer Fabian, Berlin W 20, Palfauer Straße 89 Geldgaben und Schulmaterialien für russische Schulhelfer, denen bekanntlich die einfachsten Utensilien, Schreibhefte, Federn, Bleistifte usw. fehlen. Jede Zusendung, auch jede kleinste Materialabgabe, wird mit Dank angenommen. Sammlung unter Schülern und in Schulklassen erbeten.

Gefunden. Am 14. März wurde am Kösterdamm zu Charlottenburg eine Brieftasche gefunden. Abzuholen bei A. Koch, Charlottenburg, Suarezstr. 49 S. IV.

## Gewerkschaftliches

### Richtlinien für künftige Lohnbewegungen

Wir berichteten bereits verschiedentlich, daß die Berliner Gewerkschaftskommission gemeinsam mit dem Ortskartell des Afa anlässlich des letzten Gemeindefabrikarbeiterstreiks Richtlinien aufstellte, die bei künftigen größeren Lohnkämpfen zur Anwendung kommen, die gewerkschaftliche Disziplin aufrecht erhalten und einen Erfolg gewährleisten sollen. Die am Montag den 13. d. Mts. stattgefundene gemeinsame Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission und des Afa hat nun diese Richtlinien mit übergroßer Mehrheit angenommen, die wir hiermit zum Abdruck bringen:

Die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeitnehmer in der jüngsten Vergangenheit und Gegenwart haben gezeigt, daß die gewerkschaftliche Disziplin eine bedenkliche Lücke aufzuweisen hat. Die Verletzung dieser Disziplin ist unbestreitbar, denn sie ist eine Folge der sozialen und wirtschaftlichen Not der Arbeitnehmerschaft.

Solange kein Stillstand im Steigen der Preise der lebensnotwendigsten Bedürfnisse des Volkes eintritt, die Teuerungswelle im Gegenteil noch größer und gewaltiger wird, werden diese Kämpfe noch mehr wie bisher zu einer zwingenden Notwendigkeit werden, wenn das arbeitende Volk nicht leidlich und körperlich zugrunde gehen, sondern seine Arbeitskraft erhalten will.

Wenn aber diese Kämpfe von Erfolg sein sollen, muß die alte erprobte gewerkschaftliche Disziplin erhalten bleiben. Das bedingt, daß Vorbereitung und Führung der wirtschaftlichen Kämpfe Sache der gewerkschaftlichen Organisation ist.

Darum beschließt die am 14. März d. Js. gemeinsam tagende Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission und des Ortskartells des Afa-Bundes, daß bei künftigen Lohnbewegungen nach folgenden Grundrissen gehandelt wird, wobei es, ganz selbstverständlich ist, daß die in Betracht kommenden statistischen Bestimmungen der betreffenden Organisationen beachtet werden:

1. Die Vorbereitung und Führung der Lohnbewegung liegt in den Händen der Organisationsleitung, die zu ihrer Unterstützung die verantwortlichen Funktionäre der betreffenden Gruppen (Branchen, Sparten) heranzieht.
2. Streiks dürfen erst dann beschlossen werden, wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind.
3. Sind an Lohnbewegungen in einer Industrie mehrere Organisationen beteiligt, so müssen sowohl an den Vorbereitungen, als auch an der Führung derselben alle in Frage kommenden Organisationsstellen resp. deren verantwortliche Beauftragte teilnehmen. In diesen Industrien sind Lohn, resp. Tarifkartelle die hierfür geeigneten Organe. Solche Lohn- oder Tarifkartelle noch nicht vorhanden sind, sind diese schnellstens zu bilden.
4. In der Abstimmung über einen Streik in solchen Industrien müssen die organisierten Beschäftigten aller Organisationen teilnehmen können. Ein Beschluß über einen Streik hat nur dann Gültigkeit, wenn er den notwendigen Bestimmungen der beteiligten Gewerkschaften entspricht.
5. Ohne Verständigung mit den beteiligten Organisationen, resp. der Lohn- und Tarifkartelle, darf keine Ortsverwaltung eine Lohnbewegung einleiten, noch einen Streik sanktionieren.
6. Trifft eine Gruppe von Beschäftigten gegen den Willen der Organisation in einen Streik (soz. wilden Streik), so darf keine Detachierung eines Streikunterstützungslehnen bezogen werden. Ein Streik, der sich nicht auf den Grund der mit den übrigen Organisationsleitungen verständigt hat, kommt keine Einweisung auf, entschärfen die Ausschüsse der Gewerkschaftskommission und des Afa-Bundes endgültig.

7. Wenn die Kraft der die Lohnbewegung führenden Organisation nicht ausreicht, den Kampf allein erfolgreich durchzuführen, so kann sie einen Antrag auf Hilfe aller Organisationen an den Ausschuss der Gewerkschaftskommission und das Ortskartell des Afa-Bundes stellen, sofern sie die Zustimmung des Hauptvorstandes der Organisation gefunden hat.

8. Diese Ausschüsse der örtlichen Spitzenorganisationen, Gewerkschaftskommission und Ortskartell des Afa-Bundes, haben in gemeinsamer Beratung unter Beachtung der Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse zu prüfen, ob die Voraussetzungen für Hilfeleistung aller Organisationen gegeben sind und in welcher Form und in welchem Umfang dieselbe geleistet werden soll.

9. Beschließen die Ausschüsse, daß der Lohnkampf zur gemeinsamen Sache aller örtlichen Organisationen gemacht werden soll, so haben sie einen diesbezüglichen Antrag an eine a) gemeinsame Vorstandskonferenz, b) gemeinsame Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission und des Ortskartells des Afa-Bundes zu stellen.

10. Erst dann, wenn die in Ziffer 7-9 genannten Körperschaften beschließen haben, können alle örtlichen Organisationen zur Hilfe für einen Lohnkampf aufgerufen werden. Dem Ausruf zum gemeinsamen Kampf haben alle Organisationen Folge zu leisten.

11. Bei einem Solidaritätskampf aller Organisationen nimmt eine Vertretung der Ausschüsse der Gewerkschaftskommission und des Ortskartells des Afa-Bundes an der Streikleitung teil.

12. Wird durch eine Lohnbewegung von einer oder mehreren Gruppen von Beschäftigten die unbefristete Arbeitnehmerschaft des ganzen oder eines erheblichen Teiles des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin in Mitleidenschaft gezogen, so ist es Pflicht der die Bewegung führenden Organisationen, vor Eintritt in einen Streik eine Verständigung mit den Vertretern aller Arbeitnehmerschaften herbeizuführen. Auch die Lohn-, resp. Tarifkartelle sind nicht bestur über einen solchen Streik allein zu entscheiden. Den Weg zu dieser Verständigung weisen die vorstehend aufgeführten Bestimmungen unter Ziffer 7 bis 9.

13. Tarifstandsarbeiten, ganz besonders in lebenswichtigen Betrieben, werden nach nach näher zu bestimmenden Richtlinien auf Anweisung der Organisationen von der an der Lohnbewegung beteiligten Arbeitnehmerschaft selbst ausgeführt. Die Technische Notwendigkeit lehnen die Gewerkschaften ab.

Das gemeinsame Interesse aller Arbeitnehmer macht es den Gewerkschaftskommission und dem Ortskartell des Afa-Bundes angeschlossen Organisationen zur Pflicht, bei künftigen Lohnbewegungen nach diesen Richtlinien zu handeln.

## Abbruch der Tarifverhandlungen im mitteldruffen Braunkohlenbergbau

Am Dienstag, den 14. März tagte in Leipzig eine von etwa 200 Delegierten besetzte Konferenz der am Tarifvertrag beteiligten Arbeiterorganisationen. Die Konferenz hatte Beschluß zu fassen über Annahme oder Ablehnung eines vom Vertreter des Reichsarbeitsministeriums gemachten Einigungs-vorschlages. Nach diesem Einigungsvorschlag läuft der am 17. April 1920 erstmalig abgeschlossene Tarif bis zum 15. Mai 1922 weiter. Außerdem sollen sofort Verhandlungen aufgenommen werden zwischen den Vertragsparteien zwecks Errichtung einer paritätischen Arbeitsvermittlung. Die Frage der Unorganisierten soll der geschlichen bzw. künftigen tariflichen Regelung überlassen bleiben. Außerdem sollen in den alten Tarif die bereits im Januar 1922 vereinbarten Bedingungen aufgenommen werden.

Nach längerer ausgiebiger Aussprache wurde der Einigungsvorschlag mit 131 gegen 43 Stimmen angenommen.

## Rachepolitik der Unternehmer! Und wieder schwarze Listen.

Der Deutsche Metallarbeiterverband teilt uns mit, daß Arbeitslose, die an dem Streik der städtischen Arbeiter im Februar beteiligt waren, nach dem Streik in den städtischen Betrieben aber nicht wieder eingestellt wurden, durch die Vermittlung des paritätischen Arbeitsnachweises nach Arbeitsstellen geschickt, aber aus nichtigen Gründen nicht eingestellt werden. Die Arbeitslosen sind darüber mit Recht empört.

Diese infame Rachepolitik verstößt gegen die guten Sitten. Wir haben verschiedentlich nach Abbruch des Streiks ähnliche Vorkommnisse festgestellt und niedriger hängen müssen. Wir überlassen es der weiteren Offenheit, sich ein Urteil über die von dem Unternehmerium angewandte Rachepolitik zu machen, die kaum dazu beitragen dürfte, den von ihnen gewünschten Arbeitsfrieden herbeizuführen.

Alle arbeitslosen Metallarbeiter, die Mitglied unserer Organisation sind und in den letzten Tagen irgendwelche Erfahrungen in obiger Beziehung gemacht haben, fordern wir hiermit auf, sich in unserem Bureau, Linienstraße 88/85, Zimmer 13 zu melden. Die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes.

Tarifvertrag und Lohnherabsetzung. Aus dem Bericht des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes geht hervor, daß die Herabsetzung der Löhne zunächst in den Betrieben ihren Anfang nahm, in denen Tarifverträge nicht existierten. So ist verständlich, daß die Unternehmer in vielen Ländern trachten, die Tarifverträge womöglich zu beseitigen und dem Abschluß neuer Verträge Hindernisse in den Weg zu legen.

Gründung von Arbeiterbüros in Australien. Die Arbeiterpreise in Australien ist sehr stark gestiegen und eigentlich sozialistisch orientierte Zeitungen fehlen gänzlich. Der letzte australische Gewerkschaftskongress hat daher beschlossen, einen Extrabeitrag von 2 Millionen pro Monat einzusetzen, um weitere 250 000 Pfund zu den bereits gesammelten 400 000 Pfund auszubringen. In allen sechs australischen Staaten soll dann eine ganze Reihe von Arbeiterbüros gegründet werden, die die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen und die bürgerliche Presse zu bekämpfen hat.

Erreichte einordnende Resultate werden nur dann angedacht, wenn ein genügend fruchtbarer Preisniveau erreicht ist. Das gleiche gilt für Anstehen und den Preisverfall.

Verantwortlich für die Redaktion Robert Demel, Berlin; für den Druckvertrieb und geschäftliche Mitteilungen: Verlag Kommerzial, Berlin. — Verlagspreis: 10 Pfund. — Druck: von Max Rother, Berlin SW 6, Herbrandstr. 119.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83-85.  
Gründungszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.  
Telephon: Amt No. den 831, 832, 833, 834.

Die Vertrauensleute konstituiert der Maschinenbauarbeiter findet nicht um 6 Uhr, sondern um 7 Uhr statt.

Die Ortsverwaltung.